

- Erhalt der kostenfreien öffentlichen Toiletten Hansaplatz und Stralsunder Straße. Die außenliegenden Trinkwasserspender sollen wieder hergestellt werden.
- Alle Menschen haben das Recht, sich am Hauptbahnhof und am Hansaplatz aufzuhalten, ohne ständig von (KI-)Kameras erfasst und von racial profiling bedroht zu werden.
- Weitere Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten, z.B. Tempo 30 auch auf der Langen Reihe und am Steindamm.
- Keine Riesenbaugruben für U 5 und Verbindungsbahntentlastungstunnel (VET), stattdessen endlich wieder eine Stadtbahn.
- Mehr Förderung der Stadtteilkultur (z.B. Geschichtswerkstatt, Kulturladen, Künstler- und Galerienszene im Münzviertel, Nutzung leerstehenden Büroraums durch KünstlerInnen ermöglichen)
- Einbindung statt Ausgrenzung der demokratischen migrantischen Einrichtungen und Vereine im Stadtteil
- Grünflächen und Naherholungsmöglichkeiten in St. Georg, wie den Lohmühlenpark mit seinen Spielplätzen und dem Spielhaus für Kinder und Familien, schützen und zu fördern. Das bedeutet insbesondere, die Spielhäuser und die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit im Schorsch personell wesentlich besser auszustatten als bisher.
- Die Sporthallen in St Georg sind vorrangig den ansässigen St Georger Sportvereinen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den SV Vorwärts Georg, der seit Jahren Kinder und Jugendarbeit ehrenamtlich organisiert.

Solidarität mit den Schwächsten

Die Verdrängung suchtkranker, wohnungs- und obdachloser Menschen vom Hauptbahnhof in die Wohngebiete, auf die umliegenden Spielplätze und Grünflächen ist keine Lösung. Stattdessen sollte ein

professioneller Umgang mit Hilfen und Unterstützung sichergestellt werden.

Aus diesen Gründen fordert die LINKE:

- Erhalt und Ausbau der Sucht und Resozialisierungshilfe sowie der Beratungsstellen für Sexarbeiter*innen und Unterbringung wohnungs- sowie obdachloser Menschen
- Housing-First Konzept: Wohnungslosigkeit unmittelbar beenden und flexible wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt
- Dauerhafte Unterstützung des Projekts Werkhaus im Münzviertel
- Erhalt und Förderung aller sozialer Einrichtungen im Stadtteil
- Ausbau der Stellen für Straßensozialarbeiter*innen sowie für Einrichtungen, die z.T. wie das Drobln und das SCHORSCH einen Einzugsbereich weit über den Stadtteil hinaus haben
- Winternotprogramm ausbauen und ganztägig sowie -jährig öffnen
- Zugang und Hilfsangebote in sprachlicher Vielfalt auch für traumatisierte Geflüchtete in St. Georg anbieten

Unsere Kandidat*innen:



Aus St. Georg kandidieren für DIE LINKE am 9. Juni 2024 für die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte im Wahlkreis und auf der Bezirksliste **Steffen Leipnitz** (Oben) und **Nora Stärz** (Mitte). Im Wahlkreis steht außerdem **André Korbas** (Unten) aus und für Rothenburgsort zur Wahl.



Wer demokratische Kontrolle, soziale Gerechtigkeit und friedliche Welttoffenheit will, sollte bei den Bezirksversammlungs- und den EU-Wahlen seine Kreuze bei der LINKEN machen!



Und mitmachen: Jeden dritten Mittwoch im Monat bei der Stadtteilgruppe St. Georg um 19 Uhr im Stadtteilbüro, Hansaplatz 9.

Nur mit Links

Sozial und gerecht in St. Georg?

Wahlen zur
Bezirksversammlung
am 9. Juni 2024:
10 Stimmen
für Die Linke

Die Linke

Stadtteilgruppe
St. Georg

Sicherheit ja - Verdrängung nein:

Für ein solidarisches und weltoffenes St. Georg

St. Georg: Arm und Reich sichtbar denn je

Die Gentrifizierung St. Georgs schreitet sichtbar weiter voran, die Mieten steigen unaufhörlich und die soziale Ungleichheit im Stadtteil wächst stetig. Ein Ende dieser Entwicklungen ist nicht abzusehen. Auch die Mehrheitsfraktionen in Rathaus und Bezirksversammlung haben daran nichts geändert bzw. ändern wollen. Die Lange Reihe ist schon lange zur Fress- und Tourist*innenmeile avanciert - nunmehr endlich auch mit Botoxspritzen im Angebot. Die Verdrängung der altingesessenen Bevölkerung ist in St. Georg inzwischen weit vorangeschritten. Kleine Einzelhändler*innen, die einst das bunte Bild geprägt haben und den Anwohner*innen eine gute Infrastruktur boten, können neue Mietforderungen nur noch selten erfüllen und müssen Stück für Stück allerlei Schickimickiläden und Großketten-Filialen weichen. Neue Hotelkomplexe bescheren dem Stadtteil noch mehr Tourist*innenströme, als er bisher bereits aushalten musste.

Die Probleme unserer Welt auf dem Hansaplatz

Der Hansaplatz hingegen ist einer der wenigen Orte St. Georgs, an dem Menschen mit geringem Einkommen den öffentlichen Raum nutzen können. Dies muss auch weiterhin möglich sein! Auch wenn hier soziale Probleme in ihrer ganzen Drastik deutlich werden: Maßnahmen wie ein Glasflaschen- oder Waffenverbot liefern letztlich nur einen weiteren Vorwand für polizeiliche Maßnahmen zur Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum. Auch die „Kontaktverbotsverordnung“ ist ein weiteres repressives Instrument, welches die Sexarbeiter*innen in die dunklen Ecken drängt und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen noch verschlechtert und kriminalisiert. Das alles wird durch eine Videoüberwachung nebst Einsatz von KI nicht verhindert, sondern eher verschärft. Die LINKE lehnt diese Videoüberwachung ab und fordert soziale Investitionen statt Repression und Überwa-

chung. Von Scheinlösungen und Verboten profitieren nur diejenigen, die St. Georg und den Hansaplatz als Investitionsprojekt betrachten. Die sozialen Probleme eines Bahnhofsviertels können nicht mit technischen Lösungen bekämpft werden. Weder am Hansaplatz noch anderswo in St. Georg. Für sinnvoll halten wir daher niedrigschwellige Angebote wie das Tagwerk St. Georg, Suchtberatungseinrichtungen und Anlaufstellen für Sexarbeiter*innen wie Ragazza und Sperrgebiet. Diese Einrichtungen verbessern die soziale Situation der Menschen am Hansaplatz und nützen somit allen Bewohner*innen des Stadtteils. Keine Lösung sind weitere Verbote und „Szeneläufer“ von Sicherheitsdiensten statt Sozialarbeiter*innen am Hauptbahnhof.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Der „Drittelmix“ aus dem Vertrag für Hamburg und das Wohnungsbauprogramm des Bezirks werden dem großen Bedarf nicht gerecht. Es fehlt der ernsthafte Wille, alle Möglichkeiten zu nutzen, bezahlbaren Wohnraum entstehen zu lassen und Politik im Interesse der Bewohner*innen durchzusetzen. Die Koalition will sich nicht mit den gewinnorientierten privaten Wohnungsunternehmen und den skrupellosen Investor*innen anlegen.

Wenn aber nur dort, wo die Stadt Einfluss nehmen kann, die im Vertrag für Hamburg vorgesehenen 35 % der Wohnungen öffentlich gefördert werden – dann heißt das:

Viel zu wenige bezahlbare Wohnungen entstehen und immer mehr Bewohner*innen müssen den Stadtteil verlassen. Teure Eigentumswohnungen hingegen entstehen ganz von allein, wenn sich die Betongoldmafia kräftige Gewinne ausrechnet - und das ist in St. Georg fast überall der Fall. Wir wollen das ändern!

Nix ändert sich von selbst - Demokratie fällt nicht vom Himmel

Ein Weg dahin sind mehr Mitspracherechte, mehr noch, echte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bewohner*innen St. Georgs, wenn es um Angelegenheiten des Stadtteils geht. Das bedeutet rechtzeitige Information und Diskussion. Der neu aufgestellte Stadtteilbeirat ist ein demokratisches Feigenblatt. Die Bewohner*innen St. Georgs wollen von Bezirkspolitik und -verwaltung ernst genommen werden. Bürger*innenbeteiligung braucht Zeit und Mittel!

Die Linke will die demokratische Beteiligung ausbauen und mehr Verbindlichkeit der Beiratsempfehlungen erreichen. Im Übrigen ist der Ausbau echter Demokratie die beste Brandmauer gegen die AfD.

Stadtteilentwicklung für und mit den Bewohner*innen bedeutet für uns:

- Durchsetzung und Fortschreibung der sozialen Erhaltensverordnung und Umwandlungsverordnung für den ganzen Stadtteil
- Wer außerhalb des geltenden Planrechts bauen will, muss sich verpflichten, mindestens 50 % öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen, bei Nutzung von öffentlichem Grund 100%!
- Sofortige Nutzung von freiem Wohn- und Gewerberaum, Verbot von Leerständen und Fehlnutzungen (ggf. Enteignungen)
- Keine Hotelneubauten im Stadtteil (Fast die Hälfte aller Hamburger Hotel- und Pensionsbetten allein in St. Georg und Umgebung sind mehr als genug!)
- Vorrang für sozialen Mietwohnungsbau, vorzugsweise genossenschaftlich, und Wohnprojekte, leerstehende Bürohäuser zu Mietwohnungen umbauen
- Konsequente Einhaltung von Lärm- und anderen Schutzbestimmungen bei Baumaßnahmen und zeitige Information über solche Vorhaben an die BewohnerInnen sowie Einrichtung einer sichtbaren Anlaufstelle für Beschwerden
- Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang am Hansaplatz